Beschluss (vorläufig) 9. Tatsächliche Gleichstellung – Gerechte Geschlechterpolitik

Gremium:	Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum:	06.12.2020
Tagesordnungspunkt:	0. Kapitel 9 Geschlechtergerechtigkeit – Gleichstellung – Regenbogen

Text

Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen und teilhaben können. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Lohngerechtigkeit, gleiche Berufschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Geschlechter sind Werte, die unseren Weg bestimmen und Ziele, die wir erreichen wollen.

Die Coronakrise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und vielfach weiter verstärkt. Oft waren es die Frauen, die ihre Stelle reduziert haben oder zu Hause geblieben sind und mit dem Spagat zwischen Homeschooling, Homebetreuung und Homeoffice belastet waren. Gerade jetzt kommt es darauf an, dass wir Fortschritte machen auf dem Weg hin zu einer fairen Verteilung der Einkommen, der Sorgearbeit und der Einflussmöglichkeiten zwischen Frauen und Männern, statt tiefer in alte Rollenmuster zurückzufallen.

Wir müssen endlich die tradierten Rollenvorstellungen und auch strukturelle Benachteiligungen überwinden. Niemand darf ausgegrenzt oder benachteiligt werden oder gar Gewalt erfahren müssen. Jede*r muss jederzeit und überall ohne Angst ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir werden entschieden gegen jede Form der Diskriminierung und auch der sexualisierten Gewalt vorgehen. Unser Ziel ist die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-*, Inter und queere Menschen) auf allen Ebenen.

Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

Feminismus ist ein Kernanliegen unserer Politik. Unser Ziel ist es, die Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen tatsächlich durchzusetzen. Neben dem Einsatz für Frauenrechte und Frauenförderung kommt es auch darauf an, dass wir die ungleiche Verteilung von Macht in unserer Gesellschaft und strukturelle Benachteiligungen von Frauen auflösen.

Frauen arbeiten durchschnittlich für deutlich geringere Bezahlung, übernehmen die meiste Haus- und Familienarbeit und sind in gehobenen Leitungspositionen durchgängig stark unterrepräsentiert. Frauen haben auch in Rheinland-Pfalz rund 20 Prozent weniger Einkommen als Männer. Durch die Folgen der Corona-Krise sind Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben weiter zurückgefallen. Wir GRÜNE wollen die Lohnlücke endlich schließen. Deswegen werden wir uns über den Bundesrat für ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz einsetzen. In Rheinland-Pfalz erstellen wir einen Lohnatlas, um mehr Transparenz zu erreichen.

Der Großteil der Haus- und Sorgearbeit wird immer noch von den Frauen erledigt. Flexiblere Arbeitszeitmodelle können Frauen und Männer dabei unterstützen, sich die Sorge für ihre Familie und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu teilen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Eltern familiengerechte Arbeitszeiten wählen können. Dazu brauchen wir ein Recht auf Teilzeit, ein Recht zur Rückkehr in Vollzeit und mehr Möglichkeiten des Studiums in Teilzeit. Auf

Bundesebene muss das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzt werden, um Fehlanreize für eine ungleiche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu verhindern. Zuverlässige und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuungsangebote auch für Schulkinder und auch in den Ferien sind die Grundlage dafür, Barrieren für eine gleiche Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben abzubauen.

Für die Überwindung von Geschlechterstereotypen und Geschlechterdiskriminierung spielen Medien, Kunst und Kultur eine relevante Rolle. So muss es Aufgabe der Rundfunkrät*innen im Öffentlich Rechtlichen Rundfunk sein, auf Geschlechtergerechtigkeit im Programm, aber auch in der Personalstruktur - insbesondere in Führungspositionen - hinzuwirken. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich die Bewerbung von Künstlerinnen und weiblichen Kulturschaffenden bei der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur. Projekte zur Sichtbarmachung und Förderung von Frauen in den Künsten, wie beispielsweise das „Mentoring für Bildende Künstlerinnen“ wollen wir weiter ausbauen.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen in Rheinland-Pfalz sind weiblich – obwohl die Frauen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer erreichen. Oft hilft die freiwillige Selbstverpflichtung nicht, deswegen sind Quoten ein wichtiges Instrument für mehr Parität. Wir GRÜNE kennen aus eigener Erfahrung mit der Quote die positiven Effekte. Eine Quote verändert auch die Führungskultur, den Kommunikationsstil, führt zu Vielfalt und nachweislich zu mehr wirtschaftlichen Erfolg. Zusätzlich wollen wir mehr Sensibilität für die Option „Führen in Teilzeit“ schaffen.

Wir haben ein klares Ziel: 50 Prozent Frauen in Parlamenten, Aufsichtsräten, Regierungen und Chefetagen. Der derzeitige Frauenanteil im Landtag liegt bei rund 33 Prozent. Wir GRÜNE wollen die Rahmenbedingungen für mehr Frauen in der (Kommunal-)Politik verbessern, beispielsweise durch einen rechtlichen Rahmen für familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Durchführung digitaler Sitzungen. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 wollen wir Frauen auf dem Weg zu einer Kandidatur mit einem Mentoringprogramm ermutigen und unterstützen. Weiterhin setzen wir uns für ein wirksames, verfassungskonformes Paritätsgesetz mit verbindlichen Vorgaben ein.

Gleichstellung darf kein politisches Nischenfeld sein, es muss das gesamte politische Handeln durchziehen. Nur so kann Gender Budgeting gelingen. Das bedeutet die Bewertung der finanziellen Mittel danach, welchen Geschlechtern sie zugutekommen und ob sie zur tatsächlichen Gleichstellung beitragen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Frauenbüros und Gleichstellungsstellen wollen wir verbessern.

Stereotypen entgegenwirken

Frauen und Männer haben gleiche Rechte, aber die Verwirklichung ihrer Möglichkeiten wird noch immer stark von unterschiedlichen Rollenbildern geprägt. Wir wollen eine bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Stereotypen erreichen. Beispielsweise in Medien, Werbung und Schulbüchern soll die Darstellung vielfältiger Rollenbilder zur Norm werden. Bei der Berufswahl junger Menschen ist die klassische Rollenverteilung häufig noch ausschlaggebend. Wir möchten deswegen die Förderung einer Berufswahl nach Interessen und

Fähigkeiten unabhängig von hergebrachten Rollenklischees fortführen – unter anderem durch gendersensible Berufsberatung, Sensibilisierung der Fachkräfte in der Berufsberatung und Berufsorientierung. Dies wollen wir mit einer landesweiten Kampagne unterstützen. Das Ada-Lovelace-Projekt, das mehr Mädchen zu einem Studium in den MINT-Fächern führen soll, werden wir fortsetzen.

In sozialen Berufen, zum Beispiel in der Pflege oder Erziehung, liegt der Frauenanteil in Deutschland bei bis zu 80 Prozent. Diese Arbeit geht oft einher mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und schlechter Bezahlung. Wir unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrer Forderung, die Tarifbindung zu stärken sowie die Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Da Frauen als Gründerinnen deutlich unterrepräsentiert sind, wollen wir ein Gründerinnenzentrum einrichten und einen Gründerinnenpreis ins Leben rufen. Regionale Zentren für Existenzgründer*innen sollen frauenspezifische Angebote mehr als bisher berücksichtigen.

Sexismus die rote Karte zeigen

Sexismus ist immer noch allgegenwertig: Sexistische Kommentare, verbale Belästigung, physische Übergriffe bis zur sexuellen Gewalt erleben Frauen im Alltag, beim Arbeitsplatz, im privaten Umfeld, in der Freizeit. Wir GRÜNE werden auch künftig gegen sexistische Strukturen in unserer Gesellschaft kämpfen. Dazu muss die Kampagne Laut♀Stark ausgeweitet werden. Die #metoo-Bewegung hat viele Betroffene dazu ermutigt, offen zu sprechen. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima, in dem sich Männer und Frauen im Kampf gegen Sexismus solidarisieren und die Täter keine Rückendeckung mehr erhalten. Betroffene sexistischer Übergriffe sollen schnell und einfach Unterstützung erhalten. Mit einer Bunderatsinitiative wollen wir ein Verbot sexistischer Werbung erreichen.

Gewalt gegen Frauen stoppen

Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem, sondern Ergebnis ungleicher Machtverhältnisse. Wir GRÜNE treten konsequent für den Schutz von Frauen und Mädchen vor jeglicher Gewalt ein. Deshalb wollen wir präventive Konzepte stärken. Unser Ziel ist es Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen sowie Frauenhausberatungsstellen weiter auszubauen. Das Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) weiten wir aus und richten weitere Interventionsstellen ein. Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) erarbeiten wir gemeinsam mit der von uns eingesetzten Koordinierungsstelle und den gegen Gewalt tätigen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen einen Landesaktionsplan.

Jedes Mädchen und jede Frau, die Schutz braucht, soll ihn bekommen. Wir wollen eine Clearingstelle für betroffene Frauen einrichten. Diese soll in akuten Situationen eine Schutzunterkunft bieten, Hilfebedarfe individuell abklären und alternative sowie ergänzende Unterstützungsangebote zur Unterbringung in Frauenhäusern vermitteln. Wir GRÜNE haben die Frauenhausplätze bereits ausgebaut und wollen weitere Plätze schaffen. Nach dem Aufenthalt in Frauenhäusern wollen wir Angebote für das zweite Wohnen (Second-Stage) machen. Diese sollen die Möglichkeit bieten, in einer kleinen Wohngemeinschaft mit Betreuung zu leben, bevor die Frauen in eine eigene Wohnung ziehen. So werden die Frauenhäuser

entlastet und die Frauen haben einen weichen Übergang in ein eigenständiges Wohnen.

Frauen mit Behinderungen sind besonders häufig von sexualisierter Gewalt betroffen. Daher wollen wir den barrierefreien Aus- und Umbau von Frauenhäusern weiter fördern und ein barrierefreies und kompetentes Schutz- und Beratungsangebot etablieren.

Das Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung werden wir landesweit ausbauen, um Betroffene wohnortnah Unterstützung, Beratung wie auch die Möglichkeit einer vertraulichen Spurensicherung zu gewährleisten. Darüber hinaus wollen wir ein Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung aufbauen.

Wohnungslose Frauen sind besonders schutzbedürftig. Wir werden sie mit einem breiteren frauenspezifischen Angebot an Unterkunft, Verpflegung und Beratung unterstützen.

Schutz für Prostituierte

Wir setzen uns entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein. Gleichzeitig ist uns das Recht auf Selbstbestimmung im Umgang mit Prostitution ein wichtiges Anliegen. Deshalb lehnen wir es ab, Menschen in der Prostitution zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Vielmehr müssen Menschen in der Prostitution, insbesondere in der Armutsprostitution, gezielt vor Ausbeutung geschützt und ihre rechtliche und soziale Situation verbessert werden. Das gelingt nur, wenn wir die Unterstützung, Beratung und Ausstiegsbetreuung für Frauen in der Prostitution landesweit ausbauen.

Sexuelle Selbstbestimmung

Die ärztliche Versorgung in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüchesoll in Rheinland-Pfalz verbessert werden. Die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung wollen wir stärken. Aufklärung und Sensibilisierung tragen ganz zentral dazu bei, Missbrauch zu verhindern und selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung zu unterstützen. Ungewollt schwangere Frauen brauchen umfassenden und schnellen Zugang zu Informationen.

Es muss gewährleistet bleiben, dass Ärzt*innen betroffene Frauen landesweit nach medizinischen Standards versorgen können. Wir setzen uns bundesweit für eine Streichung des Paragrafen 219a StGB ein, der Werbung für den Abbruch von Schwangerschaften unter Strafe stellt. Damit wollen wir die Informationslage ungewollt Schwangerer und die Rechtssicherheit für Ärzt*innen endlich verbessern.

Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Verhütungsmittel für Grundsicherungsempfänger*innen kostenfrei bereitgestellt werden.

Liebe, wen du willst: für Selbstbestimmung und gleiche Rechte

Noch immer werden LSBT*IQ angefeindet, verlieren wegen ihrer sexuellen Identität ihren Job oder trauen sich erst gar nicht, sich zu outen. Wir wollen, dass Menschen jeder geschlechtlichen und sexuellen Identität ohne Angst leben und sich überall frei bewegen können. Damit das gelingt, müssen wir an unseren eigenen Vorurteilen und Vorbehalten arbeiten. Wir wollen gemeinsam mit den Kitas und Schulen dafür sorgen, dass unsere Kinder unterschiedliche Lebens- und Familienformen kennenlernen. Denn bei uns hat die Ausgrenzung von Lesben,

Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und non-binären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. Unser Ziel ist die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ auf allen Ebenen.

Vorurteile abbauen – Akzeptanz stärken

Wir wollen mit dem Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen die Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBT*IQ weiter stärken. Dafür ist die enge Zusammenarbeit mit den landesweiten, lokalen Vereinen und Initiativen für uns grundlegend. Die finanzielle Förderung wollen wir deutlich steigern, um in den jeweiligen Regionen die Strukturen zu festigen und neue entstehen zu lassen. Die bewährte Arbeit unserer Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität wollen wir in ganz Rheinland-Pfalz voranbringen, indem sie zukünftig auf ein Netz an kommunalen Queerbeauftragten zurückgreifen kann. Damit sich alle Menschen ihrer Identität gemäß angesprochen fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite sprachlich ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent gendergerechte Sprache in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als Teil unserer Antidiskriminierungsstrategie umsetzen. Außerdem möchten wir erreichen, dass gendergerechte Sprache als Thema in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fest verankert wird.

Die Vorgaben zum Sexualkundeunterricht stammen von 2009 und lassen Themen wie Trans*- und Intersexualität außen vor. Wir streben daher eine Überarbeitung des Sexualkundeunterrichts an, damit Kinder und Jugendliche über die geschlechtliche Vielfalt aufgeklärt werden. Innerhalb des Sexualkundeunterrichts soll es möglich sein, ohne die Anwesenheit von Autoritätspersonen wie Lehrkräften, in geschützten Räumen Fragen stellen und diskutieren zu können. Diese wollen wir Jugendlichen bieten, zum Beispiel durch altersgerechte Angebote durch (sexual-)pädagogische Fachkräfte. Die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher Identität an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem landesweiten Netzwerk SCHLAU stärken. Gender Studies an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind uns wichtig, da sie Erkenntnisse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aus einer wissenschaftlichen Perspektive vorantreiben.

Sexuell und geschlechtlich selbstbestimmt leben

Intersexuellen Personen wird noch immer ihr Recht auf Selbstbestimmung aberkannt. Nach wie vor werden intersexuelle Kinder nach der Geburt operiert, um sie eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Hierbei handelt es sich um eine massive Grenzverletzung über die Köpfe der betroffenen Kinder hinweg. Die Folgen für Psyche und Körper sind unvorhersehbar. Wir wollen ein Verbot dieser Operationen. Die Bundesregierung darf dieses Unrecht nicht länger zulassen. Intersexuelle Kinder dürfen nicht zwangsoperiert werden, sondern selbst über ihren Körper bestimmen. Die Beratung und Aufklärung der Eltern intersexueller Kinder muss deshalb verbessert werden.

Trans*-Personen müssen zur Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität unerträgliche Hürden überwinden, beispielsweise müssen sie immer noch der Pflicht zur Begutachtung nachkommen. Eine Reform des Transsexuellengesetzes ist unerlässlich. Zusätzlich wollen wir für Unternehmen und Behörden eine Handreichung erarbeiten, damit auch Arbeitgeber*innen ihre trans*-Mitarbeitenden unterstützen können. Änderungen der Vornamen an Schulen und Hochschulen wollen

wir deutlich erleichtern und die gesundheitliche Versorgung für trans* und inter-Personen verbessern.

Wir werden gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle immer wieder öffentlich fordern und so LSBT*IQ sichtbarer machen. Wir wollen LSBT*IQ Sicherheit geben, um sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der LSBT*IQ-Szene mit allen Facetten ihrer Persönlichkeit zeigen zu können, ohne Angst haben zu müssen, angefeindet oder diskriminiert zu werden. Immer noch werden schwule Männer und Trans*-Personen von der Blutspende ausgeschlossen. Wir setzen uns deshalb für einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende ein.

Damit Gewalttaten häufiger zur Anzeige gebracht werden und sich Opfer queerfeindlicher Gewalt besser betreut fühlen, werden wir die Anlaufstelle für LSBT*IQ bei der Polizei ausbauen und die Staatsanwaltschaften für queerfeindliche Gewalt sensibilisieren.

Unsere Vergangenheit ist eine Mahnung. Im Rahmen diverser Forschungsprojekte haben wir viel für die Aufarbeitung der rheinland-pfälzischen Diskriminierungsgeschichte getan und bundesweit Pionierarbeit geleistet. Nur so konnten wir aufdecken, dass noch bis in die 1990er Jahre hinein lesbischen Müttern ihre Kinder entzogen wurden. Dieses Engagement wollen wir fortführen und unterstützen Bestrebungen zur Errichtung eines Gedenkortes.